

A3 Wirtschaft, Finanzen, Digitalisierung, Verwaltung und Bürger*innenbeteiligung

Antragsteller*in: Stephan Wisotzki (Vorstand)

Tagesordnungspunkt: 1.5. Kapitel 3 - Wirtschaft & Finanzen

Text

1 Wirtschaft, Finanzen, Digitalisierung, Verwaltung und Bürger*innenbeteiligung

2 Wirtschaft

3 Grüne Wirtschaftspolitik ist sozial und nachhaltig. Wir setzen nicht isoliert
4 auf die Maximierung von Wirtschaftswachstum, sondern auf das Gesamtwohl von
5 Mensch und Natur und auf Wohlstand für alle. Wir wollen Ökonomie und Ökologie in
6 Einklang bringen und orientieren uns auch in Lübeck an der Grünen Vision einer
7 sozialen, ökologischen und florierenden Wirtschaft, denn nur gesunde und
8 rentable Unternehmen können die Umstellung auf eine klimaneutrale
9 Wirtschaftsweise gestalten und finanzieren.

10
11 Lübecks Wirtschaft fördern und fordern

12 Lübecks Wirtschaft ist sehr breit aufgestellt und beinhaltet sowohl
13 herausragende Großunternehmen, Cluster in den Bereichen Ernährung, Logistik und
14 Gesundheit als auch eine Vielzahl kleiner und mittelständischer Firmen. Wir
15 wollen eine lokale Wirtschaft für unsere Stadt, die das Gleichgewicht von
16 sicheren Arbeitsplätzen, auskömmlicher Bezahlung, klimaschonendem Produzieren
17 und Transport ebenso in den Fokus nimmt, wie den Mitarbeiter*innen ein
18 ausgeglichenes Verhältnis von Arbeit und Leben zu ermöglichen.
19 Verantwortungsvolle Unternehmen, die sich an diesen Zielen zur Förderung des
20 Gemeinwohls orientieren, sollen besonders unterstützt werden.

21
22 Wir werden Lübecks Wirtschaft insbesondere bei den für sie drängenden Themen
23 Mitarbeiter*innen- und Fachkräftegewinnung, Infrastruktur und eine effiziente
24 Bereitstellung städtischer Dienstleistungen unterstützen. Der Standort Lübeck
25 bietet durch seine hervorragende Lebensqualität und Lage in der Nähe von Hamburg
26 und Ostsee sehr gute Ausgangsbedingungen im Wettbewerb um gute
27 Mitarbeiter*innen. Dies wollen wir fördern durch Anstrengungen für ein
28 lebenswertes Lübeck und den dafür notwendigen Wohnraum und Infrastruktur, aber
29 auch durch die Bereitstellung von öffentlichen Dienstleistungen, die besonders

30 darauf abzielen, die Lübecker Unternehmen bei Behördengängen und Bewältigung der
31 bürokratischen Anforderungen von neu angeworbenen Mitarbeiter*innen,
32 insbesondere bei Zuzug qualifizierter Mitarbeiter aus dem Ausland, zu
33 unterstützen.

34
35 Wir fordern von den Lübecker Unternehmen den notwendigen Beitrag zur Erreichung
36 der Lübecker Klimaziele und werden uns dafür einsetzen, hier ausreichend
37 Beratungsangebote zu schaffen, um diese Transformation zu erleichtern und zu
38 beschleunigen. Gerade bei steigenden Energiepreisen gibt es in Unternehmen
39 zunehmend emissions- und energieeinsparende Maßnahmen, die sich rechnen.
40

41 Hafen

42 Der Lübecker Hafen als einer der größten im Ostseeraum ist eine Stütze der
43 Lübecker Wirtschaft, der durch seine ökologischen Herausforderungen eine
44 wichtige Rolle spielt bei unseren Bemühungen, Ökologie und Ökonomie in Einklang
45 zu bringen.

46 Die Dekarbonisierung des Lübecker Hafens ist uns entsprechend ein wichtiges
47 Anliegen, deren erste Fortschritte wir beschleunigen möchten. Die Installation
48 der ersten Landstromanlagen ist ein erster wichtiger Schritt. Jetzt gilt es,
49 eine verbindliche Nutzung von Landstrom oder anderer, regenerativer
50 Energiequellen anzustreben, die einen emissionsfreien Aufenthalt im Lübecker
51 Hafen gewährleisten und die Emissionsbelastung für Travemünder*innen und Gäste
52 reduzieren. Zudem wollen wir frühzeitig in regenerative Schiffstreibstoffe und
53 entsprechende Pilotprojekte investieren. Eine Umstellung der Betriebsgeräte der
54 Hafenbetreiber auf eine regenerative Energieversorgung wird ebenfalls dazu
55 beitragen, das Ziel eines klimaneutralen Hafens zu erreichen. Der
56 Flächenverbrauch bei der Erweiterung des Skandikais soll auch durch eine
57 Steigerung der Flächenproduktivität, auch durch IT-Einsatz, minimiert werden.
58 Ebenso unterstützen wir Maßnahmen zur Verbesserung des Modal Split-Anteils der
59 Bahn.

60 Wir werden uns für die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der städtischen
61 Hafengesellschaft LHG einsetzen und unterstützen deren Anpassung ihres
62 Geschäftsmodells hin zu einem Universalhafenanbieter, um den Veränderungen der
63 Marktbedingungen Rechnung zu tragen.

64 Tourismus

65 Der Tourismus der Zukunft ist nachhaltig. Eine ökologisch wertvolle und
66 nachhaltig bewirtschaftete Ostsee mit einer geschützten Meeresumwelt und
67 ausgeprägter Biodiversität bildet die Grundlage jeglicher touristischen
68 Bewirtschaftung. Um diese Nachhaltigkeit zu erreichen, gibt es viele
69 Instrumente, etwa eine klimafreundlich gestaltete Mobilität mit gutem ÖPNV-

70 Angebot, regionale Wirtschaftskreisläufe und die Reduzierung von Plastikmüll.
71 Motorisierter Wassersport sollte auf E-Mobilität umgestellt werden, um so
72 Freizeitlärm zu reduzieren und sensible Ökosysteme besser zu erhalten.
73 Nachhaltiger Tourismus sollte durch Förder- und Zertifizierungsprogramme für
74 gastronomische Anbieter*innen unterstützt werden. Wir begrüßen das Programm
75 "unbeschwert unterwegs" eines umlagefinanzierten ÖPNVs für Übernachtungsgäste in
76 Travemünde und werden uns dafür einsetzen, dieses Programm auch auf
77 Übernachtungsgäste im Lübecker Stadtgebiet auszuweiten.

78 Das Seebad Travemünde ist in den vergangenen Jahren sehr schnell gewachsen und
79 hat die Gästebettenanzahl in dieser Zeit mehr als verdoppelt. Aus unserer Sicht
80 ist es jetzt wichtig, mit weiterem Wachstum innezuhalten und stattdessen den
81 Fokus darauf zu legen, die touristische Infrastruktur und Angebote dem Wachstum
82 der Bettenzahl anzupassen. Wir unterstützen daher den touristischen Kurs des
83 Tourismusentwicklungskonzeptes 2030 (TEK) und wünschen uns eine touristische
84 Entwicklung, die Qualität anstatt Quantität in den Mittelpunkt rückt.

85 Wir werden uns für eine konsequente Verkehrsberuhigung im Seebad Travemünde
86 einsetzen. Dazu gehört auch die Einführung einer Parkraumbewirtschaftung. Wir
87 wollen in den Spitzenzeiten ein Park&Ride-Angebot vor Toren Travemündes
88 ausprobieren, damit die Fahrzeuge gar nicht erst nach Travemünde hinein fahren.

89 In der gesamten Tourismusbranche fehlt es an Arbeitskräften. Ein großes Problem
90 dabei ist der knappe bezahlbare Wohnraum. Wir werden uns dafür einsetzen, dass
91 das ehemalige Priwallkrankenhaus zu Personalunterkünften umgebaut wird.

92 Einzelhandel

93 Der Einzelhandel hat für das Wirtschaftsökosystem in der Innenstadt eine
94 zentrale Ankerfunktion, häufig sind Einkaufsbesuche dort mit Besuchen von
95 Gastronomie, Kultur, Unterhaltung, Ärzten, Anwälten etc. verbunden. Wir
96 unterstützen daher eine Stadtentwicklung, die diese Ankerfunktion berücksichtigt
97 und zur Stärkung des Einzelhandels beiträgt. Wir lehnen den weiteren Ausbau der
98 Einkaufszentren auf der grünen Wiese ebenso ab wie andere Maßnahmen, die zu
99 Marktanteilsverschiebungen dorthin führen.

100

101 Start-ups und GreenTech

102

103 Lübeck eignet sich durch seine Universität und Hochschulen, durch seine
104 vorhandene Unternehmenslandschaft und seine Lebensqualität und Attraktivität
105 hervorragend als Standort für Start-ups und Ausgründungen neuer Unternehmen aus
106 den Hochschulen. Coherent und Nik Software sind beeindruckende Beispiele, was
107 durch die Arbeit des TZL hier möglich gemacht wurde. Diese Arbeit wollen wir
108 fördern und ausbauen. So werden wir uns dafür einsetzen, die Büroflächen des TZL
109 im Zuge der Überplanung des Universitätscampus erweitern zu können. Ein

110 zentrales Anliegen von neu gegründeten Start-ups ist die Anschlussfinanzierung.
111 Hierfür wollen wir die Etablierung eines Fonds für Startup-(Fremd-)Kapital in
112 Lübeck prüfen, idealerweise durch Kooperation mit Lübecker Firmen und
113 Finanzinstituten der Hansestadt.

114
115 Zentral für die Ansiedlung von Unternehmensgründer*innen und Start-ups in Lübeck
116 ist die Möglichkeit, qualifiziertes Personal zu finden. Häufig durch
117 Einwanderung. Hier kann die Hansestadt wertvolle Unterstützung leisten durch
118 Hilfestellungen für die speziellen Bedürfnisse von Start-ups bei der Bewältigung
119 der bürokratischen Anforderungen der Einwanderung und des Ankommens in Lübeck,
120 wie etwa bei der Suche nach Wohnraum in den ersten Monaten.

121
122 **Städtische Gesellschaften**

123 Die städtischen Gesellschaften haben eine Gemeinwohlverpflichtung, die stärker
124 in den Vordergrund rücken sollte. Primäres Ziel darf nicht die höchste
125 Gewinnausschüttung, sondern sollte das gemeinschaftliche Wohl der Hansestadt
126 Lübeck und deren Bewohner*innen sein. Wir werden uns dafür einsetzen, den Anteil
127 von Frauen in Führungspositionen in den städtischen Unternehmen deutlich zu
128 steigern.

129 **Gewerbeflächen und Unternehmensansiedlungen**

130 Wir sehen die Notwendigkeit, für die Wachstumsbedürfnisse der Lübecker
131 Unternehmen und die Ansiedlung neuer Unternehmen zusätzliche Gewerbeflächen zur
132 Verfügung zu stellen. Gleichzeitig ist es unser Ziel, den Flächenverbrauch für
133 neue Gewerbeflächen zu reduzieren. Wir fordern daher eine Umkehr in der
134 bisherigen Gewerbeflächenpolitik und wollen bei der Ansiedlung von Unternehmen
135 von Quantität zu Qualität umschwenken. Die Vergabe unserer knappen
136 Gewerbeflächen soll dabei auf Basis objektiv nachvollziehbarer Kriterien an
137 ausgewählte Unternehmen erfolgen, die ganzheitlich einen möglichst hohen Beitrag
138 zur ökonomischen, ökologischen und gesellschaftlichen Entwicklung Lübecks
139 leisten. Zudem wollen wir neue Gewerbeflächen vor allem durch Innenentwicklung,
140 Nachverdichtung und die Reaktivierung von Brach- und ehemaligen Industrieflächen
141 schaffen und so die Versiegelung neuer Flächen im Außenbereich auf ein Minimum
142 reduzieren. Die per Grundlagenbeschluss für den neuen Flächennutzungsplan
143 beschlossenen Gewerbeflächen von ca. 320 ha im Außenbereich halten wir vor
144 diesem Hintergrund für exzessiv und werden uns für signifikante Korrekturen
145 einsetzen.

146
147 Bei der Entwicklung neuer Gewerbegebiete ist uns wichtig, die Bürger*innen
148 frühzeitig und umfangreich zu beteiligen.

149 **Finanzen**

150 Lübecks finanzielle Lage hat sich in den vergangenen Jahren durch harte
151 Sparanstrengungen und eine erfreuliche konjunkturelle Entwicklung kontinuierlich
152 verbessert. In den vergangenen sieben Jahren wurden jeweils deutliche
153 Haushaltsüberschüsse erzielt und der Schuldenstand hat inzwischen ein
154 akzeptables Niveau erreicht. Wir setzen uns für eine nachhaltige Finanzpolitik
155 ein und fordern eine weitere Reduzierung dieses Schuldenstandes, auch um immuner
156 zu werden gegen steigende Zinsen. Das Tempo der weiteren Nettoschuldentilgung
157 sollte jedoch abgewogen werden mit den substantiellen finanziellen
158 Herausforderungen, denen Lübeck sich gegenüber sieht. Die sich aus geringeren
159 Überschüssen und einer reduzierten Tilgung ergebenden finanziellen Spielräume
160 wollen wir entsprechend dieses Programmes vor allem für notwendige Investitionen
161 in unterfinanzierte Bereiche wie Klimaschutz, Bildung, Mobilität,
162 Kinderbetreuung und ein leistungsfähiges Gemeinwesen verwenden.

163 **Steuern**

164 Auch durch Verbesserungen auf der Einnahmeseite des Haushaltes wollen wir
165 zusätzliche finanzielle Spielräume für die notwendigen Investitionen generieren.
166 So fordern wir zu einem geeigneten konjunkturellen Zeitpunkt die Einführung
167 einer Bettensteuer, die von Übernachtungsgästen im Lübecker Stadtgebiet zu
168 zahlen ist, und die in sehr vielen deutschen Städten inzwischen zum Standard
169 geworden ist. Die Bettensteuer dient insbesondere dazu, auch Touristen an der
170 Finanzierung der von ihnen genutzten Kulturangebote, Infrastruktur und
171 städtischen Dienstleistungen zu beteiligen.

172 Sobald die rechtliche Klärung es ermöglicht, werden wir uns für eine
173 Verpackungssteuer nach Tübinger Vorbild einsetzen. Hierbei wird die Verwendung
174 von Einwegverpackungen in der (System-)Gastronomie besteuert, um einerseits
175 lenkend das Müllaufkommen zu reduzieren und andererseits, um nach dem
176 Verursacher*innenprinzip die Müllverursacher*innen an den Kosten der
177 Müllbeseitigung zu beteiligen, die bisher die Entsorgungsbetriebe und damit alle
178 Lübecker*innen über ihre Müllgebühren tragen.
179

180 Im Rahmen der bundesweiten Neuregelung der Grundsteuer (voraussichtlich ab 2025)
181 werden wir uns dafür einsetzen, dass wir den kommunalen Hebesatz so anpassen,
182 dass das Steueraufkommen in Lübeck konstant bleibt. Dadurch ist sichergestellt,
183 dass sich im Zuge der Reform die Eigentümer*innen mit geringerer Grundsteuer und
184 solche mit Steuererhöhungen in Lübeck wertmäßig exakt die Waage halten. Eine
185 Erhöhung des Aufkommens lehnen wir ab, da die Grundsteuer in der Regel an die
186 Mieter*innen weitergegeben wird, so dass eine Erhöhung ganz direkt Wohnen in
187 Lübeck für Eigentümer*innen und Mieter*innen verteuern würde.

188 **Öffentliche Verwaltung und Digitalisierung**

189

190 Personal

191
192 Nach Jahren des harten Sparkurses wurde das Personal der Verwaltung in den
193 letzten Jahren wieder deutlich aufgestockt. Wir unterstützen diesen Kurs und
194 werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, die für eine moderne und
195 leistungsfähige Verwaltung notwendige Personalausstattung aufzubauen und
196 vorzuhalten.

197
198 Während der Corona-Pandemie zwangsweise eingeführt, wird Home-Office seitdem
199 vielfach zumindest in Teilen der Arbeitszeit genutzt, weil sich dadurch Beruf
200 und Privatleben besser verbinden lassen. In vielen Unternehmen und auch in
201 Verwaltungen wird zudem zunehmend Desk-Sharing praktiziert, um Platz und Kosten
202 zu sparen, aber auch um einen besseren Austausch der Mitarbeiter*innen durch
203 wechselnde Sitzplätze zu fördern. Wir werden uns dafür einsetzen, dass auch in
204 der Lübecker Verwaltung diese modernen Arbeitsformen den Mitarbeiter*innen in
205 Kombination angeboten werden, wo dies organisatorisch und rechtlich möglich ist.

206
207 Verwaltungsgebäude

208 Für die Akquisition und dauerhafte Bindung guter Mitarbeiter*innen ist ein gutes
209 räumliches Arbeitsumfeld zentral, aber leider in weiten Teilen der Lübecker
210 Verwaltung nicht gegeben. Wir fordern daher fortlaufende Investitionen in die
211 Modernisierung der Lübecker Verwaltungsstandorte und -immobilien. Wir bevorzugen
212 die Sanierung und den Ausbau bestehender Standorte, wie etwa in der Dr.-Julius-
213 Leber-Straße, gegenüber einem Verwaltungsneubau außerhalb der Innenstadt.

214
215 Beschaffung

216 In der städtischen Beschaffung von Gütern und Dienstleistungen werden wir uns
217 für anspruchsvolle ökologische und soziale Standards sowie Standards des fairen
218 Handels über die gesamte Lieferkette hinweg einsetzen, die auch den Transport
219 beinhalten. Eine Vergabe ausschließlich an tariftreue Anbieter ist für uns
220 selbstverständlich.

221
222 Digitalisierung und Smart City

223 Wir begrüßen die Anstrengungen der Verwaltung, ihre Abläufe zunehmend digital zu
224 organisieren und freuen uns über die Möglichkeiten, die die Smart City Plattform
225 den Lübecker Bürger*innen und Unternehmen zunehmend bietet. Wir fordern hier
226 zukünftig insbesondere eine Beschleunigung der Digitalisierung von
227 Verwaltungsvorgängen und Amtsgeschäften, die auch den Bürger*innen einen Nutzen
228 bieten, etwa durch vermehrte Möglichkeiten, Behördengänge bequem online
229 erledigen zu können. Eine vorbildhafte Einhaltung des Datenschutzes ist für uns
230 dabei selbstverständlich.

231
232

233 **Bürger*innenbeteiligung**

234

235 Die etablierten Werkzeuge der Beteiligung an kommunalen Entscheidungsprozessen
236 erreichen längst nicht alle Menschen. Ein signifikanter Anteil der Bevölkerung
237 partizipiert nicht an unserem Gemeinwesen. Wir setzen uns daher für eine
238 Bürger*innenbeteiligung ein, die alle Menschen mitnimmt. Hierfür müssen wir neue
239 Wege beschreiten.

240

241 **Bürger*innenräte**

242 Ein wichtiges Instrument zur Verbesserung der politischen Partizipation können
243 Bürger*innenräte sein, deren Zusammensetzung zufällig ermittelt wird. Dadurch
244 wird eine soziale Durchmischung und eine Teilnahme von Menschen erreicht, die
245 ansonsten nicht teilnehmen würden. Bürger*innenräte haben eine beratende
246 Funktion und werden für spezifische Fragestellungen einberufen. Wir werden
247 Bürger*innenräte zu geeigneten Themen beantragen.

248 **Stadtteil- und Jugendbudgets**

249 Wir werden uns für Pilotprojekte zum Ausprobieren von Stadtteilbudgets
250 einsetzen. Dabei werden Entscheidungen über die Verteilung eines extra Budgets
251 für Maßnahmen im jeweiligen Stadtteil durch Anwohner*innen vor Ort getroffen.
252 Analog dazu wollen wir auch ein Jugendbudget ausprobieren, bei dem
253 Vertreter*innen von Jugendorganisationen über Maßnahmen für Jugendliche
254 entscheiden.

255 **Transparenz der Kommunalpolitik**

256 Teilhabe und Transparenz in der Kommunalpolitik wollen wir dadurch verbessern,
257 dass Sitzungen der Bürgerschaft aufgezeichnet und im Internet öffentlich
258 einsehbar gemacht werden. Zudem wollen wir die digitale Teilnahme an
259 Gremiensitzungen ermöglichen, wenn es hierfür wichtige Gründe gibt.

260

261

262

263

264

265

266